



Bundesministerium
der Verteidigung

- 1780016-V514 -

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Frau
Katja Keul
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Kossendey
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18-24-8060
FAX +49 (0)30 18-24-8088
E-MAIL BMVgBueroParlStaKossendey@bmvg.bund.de

Berlin, 7. November 2012

Sehr geehrte Frau Kollegin,

auf Ihre schriftliche Frage 10/275, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 30. Oktober 2012, teile ich mit:

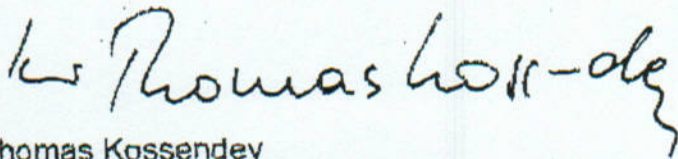
„Inwiefern hat die Bundesregierung vor, deutsche Soldatinnen und Soldaten im Rahmen einer EU-Ausbildungsmission auch dann nach Mali zu schicken, wenn zugleich im Rahmen einer internationalen Militärintervention versucht werden soll, den Norden des Landes zurück zu erobern, und wie schätzt sie das Risiko eines solchen bewaffneten Konfliktes in Nord-Mali für die Region ein, zumal bisher unklar ist, ob und wie Mauretanien und Algerien einbezogen werden?“

Die Bundesregierung ist sehr besorgt über die Lage in Mali. Sie berät weiterhin intensiv mit ihren Partnern, um Maßnahmen zu identifizieren mit denen die internationale Gemeinschaft zu einer nachhaltigen Lösung der Krise beitragen kann.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 12. Oktober 2012 die Resolution 2071 (2012) verabschiedet, die u.a. einen glaubwürdigen Verhandlungsprozess zwischen der Übergangsregierung Malis und den verhandlungsbereiten Gruppen im Norden Malis fordert. Gleichzeitig hat der Sicherheitsrat darin seine Bereitschaft erklärt, die Bitte der Übergangsregierung Malis zur Frage einer internationalen Mission zur Unterstützung der malischen Streitkräfte bei der Rückgewinnung des Nordens von Mali zu beantworten.

Dieses Konzept wird den Handlungsrahmen für eine mögliche deutsche Beteiligung und deren weitere Ausplanung bilden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, um Aussagen über die konkrete deutsche Beteiligung an einer möglichen GSVP-Ausbildungsmission der EU in Mali zu treffen. Zunächst wird sich die Bundesregierung ein möglichst umfassendes Bild der Lage vor Ort machen.

Mit freundlichem Gruß



Thomas Kossendey